

Bezugspreis:

Postjährlich 30.- M., monatlich 3.- M., ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wöchentlich zweimal...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 26. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Präsidentenwahl im Reichstag.

Der neue Reichstag hat am gestrigen Nachmittag die Wahl seines Präsidiums vorgenommen.

Bei der Wahl Dittmann zum Vizepräsidenten demonstrierte ein großer Teil des Hauses rechts durch Abgabe von weißen Zetteln.

Kam sollte Schriftführerwahl durch einfachen Zufall vorgenommen werden, aber Ledebour, der mit großer Selbstgefälligkeit die Führung seiner Fraktion übernommen hat...

Dann beantragt wieder Ledebour die Freilassung seines verurteilten Fraktionskollegen Mittwoch.

Die Teuerungsunruhen.

Nach einem Bericht der „Freiheit“ sind die Plünderungen in Bremen von antisemitischen Hebern veranlaßt worden.

In Köln wurden häuerliche Mischentwender am Tage nach der Verhaftung bereits vom Kriegsgericht erheblich verurteilt.

In einer von Belgien abgeleiteten Strafe in Arefeld wurde ein gewisser Josef Fröhlich von einem Posten zum Weitergehen aufgefordert.

Die Wirkung der Unruhen auf die Berliner Obstpreise ist unbedenkbar.

In Mainz wurden die Obstpreise zwangsweise bedeutend herabgesetzt.

In Oldenburg versammelte sich eine große nach Tausenden zählende Menschenmenge auf dem Pferdemarkt.

Die Arbeit niedergelegt werden.

Keine Revision in Spa.

Brüssel, 25. Juni. (R.A.) Die von Boulogne zurückgekehrten belgischen Minister des Auswärtigen und des Innern erklärten sich von den in Boulogne gefaßten Beschlüssen befriedigt.

Keine Lösung der Wiener Krise.

Keine Lösung der Wiener Krise.

Wien, 25. Juni. Im Streite der Parteien um den für die kommenden wichtigen Posten des Ministers des Innern sind die Verhandlungen zur Lösung der Krise nach 14-tägiger Dauer heute endgültig gescheitert.

Die Labour Party verlangt Revision.

Protest gegen die Farbigen. — Ablehnung der direkten Aktion.

London, 25. Juni. (Hollandsch Newsbureau.) Der Kongreß der englischen Arbeiterpartei in Scarborough nahm eine Entscheidung an, in der erklärt wird, der Friedensvertrag sei eine grobe Verletzung nicht nur der englischen, sondern auch der belgischen Bedingungen.

Lloyd Georges Mißtrauen.

Amsterdam, 25. Juni. Lloyd George erklärte gestern im Unterhause zu der Frage über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund auf die Anregung eines Abgeordneten, er habe sicher nicht gesagt, daß Deutschland den ersten Willen zeige, seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Das kleinasiatische Wespennest.

Niemals Truppen in Europa gelandet?

London, 25. Juni. „Evening News“ veröffentlicht eine Meldung aus Konstantinopel vom 21. Juni, wonach eine Abteilung Truppen Mukappa Kemal Beschas in Bjal-Tschelmedje westlich von Konstantinopel auf dem europäischen Ufer des Marmarameeres gelandet ist.

Griechische Offensive bei Smyrna.

Paris, 25. Juni. Nach einer Kavaleriedivision aus Konstantinopel hat die griechische Armee, die die Offensive an der Front von Smyrna ergriffen habe, das Direktionsgebäude des Hafens von Smyrna und das Gebäude der osmanischen Post zerstört.

Konstantinopel, 25. Juni. Der britische Oberkommandierende der Orienttruppen hat über Konstantinopel und die Dardanellen den verschärften Kriegszustand verhängt.

Um den Horthy-Boykott.

Haag, 25. Juni. (S.A.) Kimmén, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, hat vor seiner Wiener Reise folgende Erklärung abgegeben: Der Boykott soll ungeschwächt fortgesetzt werden, nur die verstärkten Maßnahmen, die am Sonnabend beginnen sollten, sollen vorläufig solange, bis die Verhandlungen beendet sind, nicht angewandt werden.

Unsere bürgerliche Regierung.

Der Reichspräsident hat also gestern die Ernennung der neuen Regierung entsprechend den Vorschlägen des Reichskanzlers Fehrenbach vollzogen, und Deutschland steht zum erstenmal wieder seit der Herbstkatastrophe von 1918 unter einer rein bürgerlichen Regierung.

Nach dem Verlegen der Unabhängigen bei der Regierungsbildung bleibt auch der Sozialdemokratie nur noch übrig, die erfolgten Ministerernennungen vorläufig als vollendete Tatsache anzusehen.

Denige werden im November 1918 die Möglichkeit einer solchen Entwicklung vorausgesehen haben.

Indes die Geschichte kennt, am wenigsten in so kurzlichen Zeiten wie diesen, kein Beharren, und die Hoffnung ist erlaubt, daß der gegenwärtige Stand der Dinge nur eine Episode bleiben wird.

Die sicher sich die Reaktion ihrer Sache fühlt, weiß jeder, der ihre Presse zu verfolgen Gelegenheit hat.

Darum wird aus jeder Offizielle kommunistischer Verwirrung gierig Honig gezogen, werden die harnulosesten Vorposten aufgebaut und entleert.

Unter diesen Umständen ist es unabweisbar, mit schärfer Energie die niederträchtige Lüge zurückzuweisen, daß sich die Sozialdemokratie an einem Versuch zum gewalttätigen Umsturz der von ihr selbst mitgeschaffenen republikanisch-demokratischen Verfassung zu beteiligen gedanke.

Die Sozialdemokratie, die der Regierung eine gewisse Schonzeit zu bewilligen genötigt ist, wird wahrscheinlich bald mit ihr, namentlich mit ihrem rechten Flügel im Kampfe stehen.

Die „Freiheit“ hat gestern mit erfreulich-Entschiedenheit angebrochen, daß auch in der U. S. P. kein Recht an gewalttätigen Umsturz denkt.

Denk, was nur zu billig ist, so ist doch die Frage erlaubt, woran man denn sonst denkt.

Die neue Regierung wird einen schweren Stand haben, eine ungeheure Verantwortung liegt auf ihr. Sucht man für sie nach günstigen Vorzeichen, so findet man nur eines: nämlich das Bewußtsein eines großen Teiles von ihr, daß man Deutschland kaum noch für einige Zeit ohne die Arbeiter, früher aber nicht gegen die Arbeiter regieren kann. Möge sie diese Erkenntnis davon abhalten, eine Politik der Herausforderung zu treiben, die über kurz oder lang zu den verhängnisvollsten Folgen führen müßte. Deutschland kann nicht gesunden ohne eine gesunde Arbeiterbewegung. Ihre Verdrängung kann nur das Ziel von „Patrioten“ sein, die nur daran denken, über Trümmern zu herrschen. Wer diesen „Patrioten“ ihr Handwerk erleichtert durch Herausforderung hier, durch gewisslose Begehr dort, der nimmt eine Verantwortung auf sich, die kein Mensch zu tragen imstande ist.

Es gibt für die Arbeiterklasse und den Sozialismus nur einen Weg zur Macht, und der geht durch den Volkswillen. Ihn nach unsern Zielen hinzulenken, muß unter heißem Bemühen sein. Der Versuch einer Minderheit, durch Ueberrumpelung ihre Herrschaft über das arbeitende Volk aufzurichten, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt und muß schließlich zum Siege jener führen, die in der Kunst, das Volk durch Gewalt zu beherrschen, eine viel bessere Übung haben, als alle Gewalttätigen von unten.

Die Sozialdemokratische Partei wird, außerhalb der Regierung stehend, erst recht ihren alten Grundsatzen treu bleiben. Jeder, der es unternimmt, die Demokratie anzutasten, sei es von rechts oder von links, wird sie als seinen entschlossenen Gegner finden.

Da die Liste der bis gestern mitgeteilten Minister nur in einem Teil unserer gestrigen Ausgabe enthalten war, sei sie an dieser Stelle noch einmal wiedergegeben:

- Reichsjustizminister (betraut mit der Vertretung des Reichsländers): Dr. Heineke,
- Reichsminister des Auswärtigen: Simon,
- Reichsminister des Innern: Koch,
- Reichsfinanzminister: Wirth,
- Reichsernährungsminister: Hermeß,
- Reichspostminister: Giesberts,
- Reichsverkehrsminister: Groener,
- Reichswehrminister: Gehler,
- Reichswirtschaftsminister: Scholz,
- Reichschatzminister: v. Raumer.

Die Besetzung des Wiederaufbauministeriums ist noch vorbehalten.

Die Verhandlungen über die Besetzung des Reichsarbeitsministeriums werden in Kürze abgeschlossen sein. Dr. Braun vom Zentrum ist, wie schon gemeldet, dafür in Aussicht genommen. Für den Wiederaufbau soll Kempkes (Deutsche Volkspartei) in Aussicht genommen sein.

Das Kabinett wird sich am Montag, 11 Uhr vormittags, dem Reichstag vorstellen. Nach einer Pause beginnt dann die Aussprache der Parteien, für die die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Genossen Scheidemann und Hermann Müller bestimmt hat.

Ledeboours Selbstporträt.

Stolz auf den Januarputsch.

Das Bureau des Reichstags bereitet ein Reichstagshandbuch vor, das biographische Mitteilungen über die Abgeordneten enthält und mit deren Photographien geschmückt ist. Die Biographien sind von den Abgeordneten selbst verfaßt. Da liest man unter Ledebour, Georg, das Folgende:

Spezial sich bereits während der Kriegszeit für die Befestigung der monarchischen Einrichtungen und für die sozialistische Revolution aus und wirkte demgemäß mit der erfolgreichen Erhebung am 9. November 1918. Lehnte den Eintritt in das re-

publikanische Kabinett der Volksbeauftragten ab, da dessen parlamentarische Zusammensetzung seiner Auffassung nach in allen entscheidenden Fragen zu fruchtlosen Beschlüssen führen mußte. Beteiligt an der Erhebung im Januar 1919 zur Durchführung des Sozialismus.

Das ist doch der alte Ledebour! Eitle Selbstbespiegelung und spitzbürgige Herausforderung der eigenen Parteigenossen! Triumph, daß er noch seiner eigenen Meinung gegen Kooße und Dittmann recht behalten hat! Stolz auf eine Tat, die Hilferding die Markelshacht der Revolution nannte, von der Emil Barth sagte, sie bedente die Geburt des neuen Militarismus, und Richard Müller, sie sei ein Streich politischer Narren gewesen, von der selbst die „Käte Fabre“ neulich ausgab, bei ihrer Vorbereitung hätten Ledebour eine entscheidende Rolle gespielt! Dieser Ledebour ist Redner der unabhängigen Fraktion in der Programmdiskussion am nächsten Montag!

Baumbach contra Erzberger.

Erst jetzt wird das schriftliche Urteil im Prozeß Erzberger-Helfferich den Parteien zugehört. Es ist bekanntlich gefällt unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Baumbach, dessen unerschöpfliche Behauptung von Erzberger und Helfferich schon damals auffiel. Die Begründung des Urteils ist ein sehr umfangreiches Schriftstück von mehr als 200 Schreibmaschinenseiten. Sie wird jetzt in tendenziösem Auszug durch eine Berliner Korrespondenz verbreitet, die sich schon durch systematische Verdrehung der Standesnachrichten über Marx-Bardus-Schreibemann usw. im Geiste Helfferichs einen Namen gemacht hat. Jetzt erfahren wir durch diese Korrespondenz, was Baumbach und seine Richterkollegen über Erzberger und Helfferich denken. Was sie etwa Wünschenswertes gesagt haben, wird nicht mitgeteilt. Danach beurteilt man den Auszug aus dem Urteil.

Der Hauptteil umfaßt die Würdigung des Wahrheitsbeweises. Zu der dem Reichsminister Erzberger zum Vorwurf gemachten „unsauberen Vermischung politischer Tätigkeit und privater Geldinteressen“ stellt das Urteil fest, daß der Wahrheitsbeweis in einer Reihe von Fällen erbracht worden sei, nämlich in je zwei Fällen, die sich auf Erzbergers Verhältnis zu Tiffen beziehen, zur Berger Tiefbau-Aktiengesellschaft und im Fall Anhaltischer sowie im Falle der Spekulation in Aktien der Hamburg-Amerika-Linie. Im Anschluß daran sagt das Urteil:

„Diese Fälle rechtfertigen auch die Bezeichnung als „politisch-parlamentarischer Geschäftsmacher“, denn sie sind nicht Einzelvorgänge, sondern Erscheinungsformen des sich gleich bleibenden Charakters. Ebenso wird der mit Bezug auf diese Geschäftspolitik gebrauchte Begriff der „politisch-parlamentarischen Korruption“ durch sie aufgefüllt, da eine Verbindung von Handlungen als Parlamentarier mit eigenen Geldinteressen den bei Ausübung der Abgeordnetenämter zu beachtenden sittlichen Erfordernissen widerspricht.“

Ueber die Erzberger zur Zeit gelegte Unwahrhaftigkeit sagt das Urteil:

„Die Beweisannahme hat in einer Reihe von Fällen bewährte Unwahrheit des Redenslagers (Erzberger) ergeben. Auch in ihnen erweist das Gericht nicht Einzelfälle, sondern den Einfluß einer inneren Unwahrhaftigkeit, eine Beurteilung, die durch die mehrfachen inoffiziellen Aussagen im jetzigen Verfahren weiter unterstügt wird. Die Unwahrheiten sind zu den verschiedenen Zeiten und in den verschiedensten Situationen, bei Zeugnisaussagen, bei parlamentarischer Tätigkeit, bei politischen Besprechungen, im Pressekampf ausgesprochen worden. Sie lassen erkennen, daß es dem Redenslager, wenn er etwas erreichen wollte oder es ihm sonst zweckdienlich erschien, auch nicht darauf ankam, von der Wahrheit abzuweichen. Wie sich bei der Prüfung des Vorwurfes der Geschäftspolitik eine Ungegenwärtigkeit in geschäftlichen Dingen und auch aus mannigfachen Vorfällen seine ungenaue Auffassung von Rechten und Pflichten ergab, so zeigen diese Fälle eine Ungegenwärtigkeit in Fragen der Wahrheit. Es muß daher der Nachweis eines Ganges zur Unwahrheit und damit der Beweis der Wahrheit der vom Angeklagten behaupteten Tatsache als erbracht angesehen werden.“

Von besonderer Bedeutung ist, daß das Urteil den Nachweis auch dafür als erbracht ansieht, daß Erzberger bei seinen unter Eid gemachten Zeugnisaussagen mehrfach die Unwahrheit gesagt habe. Im Falle Berger-Tiefbau heißt es in der Begründung:

„Das Gericht ist auch, da er (Erzberger) im übrigen und gerade auch bei seinen anderen Aussagen zur Schiedsrichterlichkeit für Berger ein ganz hervorragendes Gedächtnis gezeigt hat, davon überzeugt, daß er über diese bedeutungsvollen Vorgänge sehr wohl Bescheid wußte und daß es sein Bestreben war, Umstände, die, wie er erlah, vom Angeklagten in einem ihm ungünstigen Sinne vermerkt werden würden, nach Möglichkeit verschwinden zu lassen.“

Schlieflich steht das Urteil den Wahrheitsbeweise als erbracht an für den Vorwurf der Unanständigkeit, vor allem durch sein Verhalten als Schiedsrichter im Prozeß zwischen dem Reichsjustiz und der Aktiengesellschaft Berger-Tiefbau.

Jeder, der die Verhandlungen im Erzberger-Prozeß noch in Erinnerung hat, besonders das Verhalten des Vorsitzenden Baumbach, wird sich über diese Fassung der Urteilsgründe nicht wundern. Um so weniger, als dieser Herr Baumbach ja in dem Holten-Kauferei-Prozeß gegenüber der „Königlichen Höhe“ seine wahre monarchische Gesinnung hinreichend gezeigt hat. Er spricht jetzt Recht im Namen der Republik wie vorher im Namen des Königs, und deshalb kann es nicht wundernehmen, wenn er der Republik einen reinen Schied bewahren möchte. Würde sich besonders die Helfferichs freuen.

Wirtschaftsministerium und Bergbau.

Aus Bergarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Der wirtschaftliche Kustern hängt zum wesentlichen Teil ab von der Erschließung unserer Kohlequellen und dem Ausbau des Arbeitswillens der Bergarbeiter. In dieser Richtung hat das Reichswirtschaftsministerium unter seiner bisherigen Leitung mit größtem Erfolg gearbeitet. Seiner Tätigkeit in erster Linie war die Abwehr der Sechsstundenricht zu verdanken, die uns ohne die technische und siedlungspolitische Vorbereitung 25 bis 30 Millionen Tonnen Steinkohle gekostet hätte. Unter der Initiative des Reichswirtschaftsministeriums wurde das Uebersichtensabkommen im Ruhrbergbau abgeschlossen, das uns wöchentlich 400 000 Tonnen Kohle mehr bringt. Die enorme Siedlungsleistung im Bergbau verdanken wir der bisherigen Leitung des Wirtschaftsministeriums und seiner bergbaulichen Fachleute.

Der Charlottenburger Oberbürgermeister Scholz soll nun der langgesuchte Fachminister in diesem wichtigsten Ressort werden. Wir beneiden den Mann nicht um seine Aufgabe. Wir können aber nicht glauben, daß er mit vollparteilichen Rezepten das Ertrugene halten kann. Und noch weniger, daß er in der Lage ist, es auszuführen. Ob sein Name in Oberstellen so werbend wirkt, daß er dieses wichtige Kohlenbeden zu erhalten versteht, ist eine zweite Frage, zumal die berüchtigten Hofkassen, deren verblendete Politik wir heute in Oberstellen auszulassen haben, in der Nationalliberalen Partei, der heutigen Deutschen Volkspartei, saßen.

In den Kreisen der Bergarbeiter betrachtet man den Wechsel mit dem allergrößten Mißtrauen, sowohl aus wirtschaftlichen wie aus sozialpolitischen Gründen. Hier liegt eine Riesengefahr für unser Wirtschaftsleben, denn wenn durch großkapitalistische Rezepte das im Bergbau Erzielte neu in Frage gestellt wird, so fügen wir tiefer in der Tiefe als jemals zuvor. Um so erstaunter ist man in den Kreisen der Bergarbeiter, daß man den Staatssekretär Hirsch im neuen Kabinett über die Dinge sprachen lassen will, der sich allerdings die Ungnade des Herrn Stinnes in sehr reichem Maße zugezogen hat. Nach Lage der Sache würden die Bergarbeiter in der Befestigung des Staatssekretärs Hirsch die Preisgabe der bisherigen Linien unserer Wirtschaftspolitik erblicken. Das könnte Verwirrungen auslösen, die das neue Kabinett zum mindesten nicht beschleunigen sollte. Denn es ist auf die Duldung durch die Arbeiterschichten in der Kohleindustrie in ganz anderem Maße angewiesen als jedes bisherige und sollte daher alles vermeiden, was wie eine Provokation aussieht.

Deutsche Aufbauschulen.

Von Dr. Erich Witte.

Für die hier (am 8. Juni, Morgennummer) geforderte Umwandlung höherer Schulen in Aufbauschulen (Deutsche Oberschulen) sind auf der Reichsschulkonferenz verschiedene Referenten eingesetzt. In der Berliner Deputation für die äußeren Angelegenheiten der höheren Schulen wurde aber wegen der bevorstehenden Eingemeindung davon Abstand genommen, einen bestimmten Beschluß zu fassen oder einen Antrag zu stellen. Es sollen jedoch vorbereitende Maßregeln getroffen werden.

Das Preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat inzwischen bereits Richtlinien für solche Aufbauschulen veröffentlicht. Darin heißt es: „Diese sollen sich an die Volksschulen anschließen und die Aufgabe haben, Volksschüler vom 14. Lebensjahre an in fünf Jahren zu befähigen, entweder in führende Berufe des praktischen Lebens oder in die Fach- oder Lehrerbildung (Universität) einzutreten. Um Schülern, die sich nach einfacher Probezeit als nicht geeignet zur Erreichung höherer Bildungsziele erweisen, den Eintritt in das praktische Leben ohne Verlust eines Schuljahres zu ermöglichen, kann die Aufbauschule auch vom 13. Lebensjahre ab in sechs Jahren zur Reifeprüfung führen. Die Aufbauschule lehrt verbindlich von Anfang an nur eine fremde Sprache (hauptsächlich Englisch), in den letzten drei bis vier Jahren wählt sie entweder Latein oder eine zweite neuere Sprache. Sie wird dabei am besten Deutsche Oberschule heißen.“

Charakteristisch für die Aufbauschule sind zwei Merkmale. 1. Sie umfaßt nur 5 bis 6 Jahrgänge, so daß nach 13- bis 14-jähriger Volksschule in die unterste Klasse eintreten können. 2. Nur eine fremde Sprache ist obligatorisch. Hierzu haben die folgenden Ermäßigungen gegolten:

Unter den Volksschülern gibt es viele, die keine höhere Schule besuchen wollen, weil ihre Eltern nicht die Mittel dazu besitzen. Soll man aber einem 13- bis 14-jährigen Schüler, welcher reich begabt ist, deswegen eine seinen Anlagen entsprechende Bildung verweigern, weil etwa sein Vater im Weltkrieg gefallen ist und die Mutter in dürftigen Vermögensverhältnissen zurückgelassen hat? Ob sein sich auch die Begabung eines Kindes vererblich macht, ist nicht schon mit 8 oder 9, sondern erst mit 13 oder 14 Jahren. Sollen nun solche Kinder nicht Gelegenheit zu einer ihrer Neigung entsprechenden Bildung erhalten? Das wäre eine Ungerechtigkeit. Es wäre auch im Interesse der Gesamtheit zu bedauern, da wir alle im Volk schlummernden Geisteskräfte ausbilden müssen, um uns wieder emporkämpfen zu können. Nun wird in Berlin das Köllnische Gymnasium in eine solche Aufbauschule umgebaut. Sie soll sechs Jahrgänge umfassen und hat einen weiten Raum anmaler und einen realpädagogischer Richtung. Außerdem sollen begabte Volksschüler auf der Köllnischen Realschule in drei Jahren das Zeugnis der Realschule erwerben können.

Die Gründung dieser Schulen ist mit Freuden zu begrüßen.

Aber bei näherer Betrachtung muß ein Bedenken geltend gemacht werden. Die Schüler sollen das ganze fremdsprachliche Wissen, das sich die Schüler der höheren Schulen in neun Jahren aneignen, in sechs Jahren erwerben. Gemäß sollen sich die Volksschüler, die mit 13, 14 Jahren in eine solche Schule eintreten, in den sechs Jahren Kenntnisse aneignen, die denen der Abiturienten der höheren Schulen gleichwertig sind. Aber das Wissen braucht kein gleichartiges zu sein. Es genügt, daß eine fremde Sprache obligatorisch ist und daß die sprachlich begabten Schüler Gelegenheit zur Aneignung einer zweiten fremden Sprache haben, wie dies für die Aufbauschule in den ministeriellen Richtlinien vorgesehen ist. Die durch Beschränkung des fremdsprachlichen Unterrichts freigewordene Zeit wird auf eingehendere Beschäftigung mit dem Deutschen, der Geschichte, der Erdkunde und den Naturwissenschaften verwendet.

Auch in der zukünftigen Einheitschule sind solche Aufbauschulen vorgesehen. Es sollen dann alle bis zum 13. oder 14. Lebensjahre dieselbe Schule und nur die geistig besonders Begabten eine solche Aufbauschule besuchen.

Solange wir aber noch nicht die Einheitschule und daher auch nicht einen einheitlichen Lehrplan haben, sind solche Schulen besonders für die Vorbildung der Volksschullehrer geeignet. Diese können dort gemeinschaftlich mit anderen Schülern eine allgemeine Bildung erwerben, bevor sie die Volksschule oder eine pädagogische Akademie besuchen. Aus diesem Grunde ist man auch auf der Reichsschulkonferenz für solche deutsche Oberschulen eingetreten. Da nur bestehende höhere Schulen in Aufbauschulen verwandelt werden sollen, bestehen die Nachteile im wesentlichen in den Erziehungsbedingungen, die den unbemittelten Eltern gewährt werden.

Vorn Schwurgericht. Die gebundene Form ist ein Kennzeichen der neuen dramatischen Form. Bis zu welchem Gipfel diese Verdrängung des Dialogs auf bloße Ausrufe geführt werden kann, möge eine Szene aus Hofenlebers Drama „Die Menschen“ zeigen. Es ist eine Schwurgerichtsszene dargestellt. (Der Angeklagte hat den Kopf eines Ermordeten in einem Sack mit sich geführt.)

Präsident (hält den Sack in der Hand): Der Kopf ist Jungs. (Beifall.)
Beifall: (schreit auf.)
Präsident: (schreit auf.)
Präsident: Sind Sie schuldig?
Auf: Mörder!
Kathe: Nein!
Präsident: Ruhe!
Der alte Richter (beiß die Finger): Ich schwöre!
Präsident: So wahr mir Gott helfe!
Der alte Richter: Amen.
Präsident: Der Staatsanwalt!
Staatsanwalt (erhebt sich): Hohes Gericht — Geschworene (heben auf).
Staatsanwalt: Ein Mensch ist ermordet.
Alexander (sieht ihn an).
Staatsanwalt: Auge um Auge.
Publikum (beugt sich vor).

Staatsanwalt: Todesurteil! (Sezt sich).
Präsident: Der Angeklagte!
Alexander (schweigt).
Präsident: Beratung.
Gerichtshof und Geschworene ziehen sich zurück. Der Saal wird leer. Kathe und Alexander bleiben allein.

Wie ein Engländer das Deutsche Volk sieht. A. G. Gardner veröffentlicht die Eindrücke, die er auf einer ausgedehnten Reise durch Deutschland erhielt. „Es ist das alles“ — schreibt er über die neue Kunst — „symptomatisch für die enorme Diskultion, die der Krieg hinterließ. Die alten Systeme sind fortgeschoben wie Seifenblasen, die ein Kind im Sonnenlicht bläst, und die intellektuelle Welt scheidet mit einer leidenschaftlichen Zurückweisung des Vergangenen und mit einem fanatischen Fordern neuer Formen, um die Zukunft aus ihnen zu bilden. — Die Weisen warten und hoffen im Vertrauen auf die neue Vision.“

Wer hinter dieser intellektuellen Gärung und Extravaganz da ist der Sinn für etwas Grobes, Stabiles, Unsentimentales, ein großes, betriebsames Volk, das sich wenig um Theorien oder „Ismen“ kümmert, aber außerordentlich um Brot und Kartoffeln und vor allem begierig ist zu arbeiten. — Ich bin durch die schöne bayerische Landschaft gewandert, wo man über die weiten Lande barfüßige Frauen und Kinder (besonders Frauen) sehen kann, wie sie sich in der heißen Sonne über ihre Arbeit bücken, lachend, höflich, mit der Sichel schneidend, schwere Lasten tragend, unablässig arbeitend bis weit in die Dunkelheit hinein. — Das Volk ist weit verschieden von dem des industriellen Nordens, katholisch, primitiv, reaktionär, aber es ist dem Volk des Nordens gleich in seinem Fleiß, seiner Gründlichkeit, seiner fundamentalen Rechtschaffenheit. Das ist nicht allein meine Ansicht, sondern die jedes Engländer, ob Journalist, Soldat oder Beamter, daß es ein Volk ist, das Achtung und Vertrauen verdient.“

Der Ausbau der Großwasserkraft in Bayern. An Großwasserkraften sind in Bayern, nach „Prometheus“, im Bau: Waldenferwerk mit 125 000 PS mittlerer Leistung; die Mittlere Isar mit 80 000 PS mittlerer Leistung; die Weidinger Leuchte mit 13 000 PS mittlerer Leistung; die Mittlere Isar (Isarwerk) mit 70 000 PS m. L. Mit 50 000 PS m. L. ferner sind im Bau Verkleinerungen älterer Werke. In Vorbereitung sind Bauten an Aller, Lech, Isar, Inn, Donau, Loisach und anderen Flüssen; ferner sind Fortsetzungen im Gange zum Ausbau von Wasserkraften im Frankenswald, Bayerischen Wald, im oberen Rainingebiet, im Regnitz- und im Mangfallgebiet.

Bayern wird durch diese Ausnutzung seiner Wasserkraft von der Kohle unabhängig und befähigt, seine Industrie auszubauen. Kunstfunde. In 33 Einzelblättern von Silhouetten aus dem Nachlaß des Satirikers Nitzberg hat Dr. Kroeber Arbeiten Chodowieckis entdeckt. Sie handeln mit einem witzigen Einschlag von Humor männliche und weibliche Charaktertypen dar: Der verwegene Kerl, die Unerschütterliche Reiterin, der Weibchen, die Verewndschmache, die alte Gaußhüte, der zarte Schamaneer. — In einem aus Wollschaff kommenden, jetzt in Donauerschingen befindlichen Gemälde (Beweinung Christi) wurde eine Kopie nach Grundriß erkannt.

Die Wahl des Präsidiums.

Die zweite Sitzung des Deutschen Reichstags wurde am Freitag nachmittags 3 Uhr vom Alterspräsidenten Niese eröffnet.

Präsident Niese:

Meine Damen und Herren! Für die Uebertragung der hohen Ehre, Präsident dieses Hauses zu sein, sage ich Ihnen meinen herzlichsten Dank.

absichtlich zu entwerfen oder zu durchkreuzen.

(Sehr richtig!) Die großen Schwierigkeiten, in die der Krieg unser Land und das deutsche Volk gestürzt hat, und die noch lange nicht überwunden sind, werden ihren lebhaften Widerhall in diesem Saale finden und können uns jeden Augenblick vor verwinkelte Situationen stellen; wir werden ihrer um so eher Herr werden, soweit das in diesem Saale überhaupt möglich ist, wenn jeder einzelne zwar das nach seiner Ueberzeugung Beste vertritt, wir uns alle gemeinsam aber bemühen, die äußerlichen Vorbedingungen dafür zu schaffen, daß fremde und eigene Meinungen ungehindert hier vertreten werden können.

Meinungen ungehindert hier vertreten

werden können. (Bravo!) Die gemeinsame Not unseres Landes wird uns manchmal enger zusammenschließen — so hoffe ich —, als der hinter uns liegende heftige Wahlkampf, als der traditionelle Zwiespalt der Parteien in Deutschland es uns vermuten läßt.

Meine Damen und Herren! In die Schwierigkeiten, die ich vor mir sehe, hätte ich zu ihrer Bewältigung jener Meisterhand bedürft, die bisher die Geschäfte dieses Hauses geführt hat.

Es folgt die Wahl des ersten der drei Vizepräsidenten durch Stimmzettel mit Namensaufruf. Von den abgegebenen 307 Stimmen erhält der Abg. Dittmann (U. Soz.) 233; 156 Zettel sind weiß, die übrigen zerstückelt, davon fallen auf die Abg. Lewi (R. P. D.), Erzberger (Zentr.) und Stinnes (D. Sp.) je eine.

Abg. Ledebour (U. Soz.) stellt zur Geschäftsordnung fest, daß die Parteien, wie die große Anzahl der weißen Stimmzettel beweist, die abgeschlossenen Vereinbarungen nicht innegehalten haben.

Abg. Schulz-Brumberg (Dnat.) widerspricht dem Vorhandensein besonderer Abmachungen.

Nachdem Abg. Meyer (U. Soz.) die Ausführungen Ledebours bekräftigt hatte, folgte die Wahl des zweiten Vizepräsidenten.

Von 367 abgegebenen Stimmen waren acht Zettel weiß, 356 fielen auf Abg. Dr. Bell (Zentr.), drei sind zerstückelt.

Am dritten Vizepräsidenten wird mit 260 von 384 abgegebenen Stimmen gewählt der Abg. Dietrich-Preusslau (Dnat.), weiße Zettel wurden 88 abgegeben, die übrigen waren zerstückelt, davon erhielten die Abg. v. Gräfe und Helfferich (Dnat.), Jitz (U. Soz.) und Jettin (R. P. D.) je eine Stimme.

Der Antrag Niese (D. Sp.), die Wahl der Schriftführer durch Zuzuf vorzunehmen, scheitert am Einspruch des Abg. Ledebour (U. Soz.).

Die Wahlen müssen als Einzelwahlen vorgenommen werden. Wegen der langwierigen Fällung wird das Ergebnis erst in der nächsten Sitzung bekanntgegeben.

Abg. Ledebour (U. Soz.) begründet einen Antrag auf Hoftentlassung des zu zwei Jahren Festung verurteilten Königsberger „Freiheit“-Redakteurs, Abg. Wittwoch. Der Antrag wird auf Beschluß Müller-Frankens (Soz.) dem zu bildenden Geschäftsordnungsamt überwiesen.

Montag, 28. Juni, 11 Uhr: Entgegennahme der Regierungserklärung; Interpellationen, darunter Interpellation Ledebour und Genossen über die Thaler Affäre und Aufhebung der Willkürgerichtsbarkeit; erste Beratung des Rot-Etats, Initiativantrag über Gewährung einer Entschädigung an die Reichstagsabgeordneten.

Schluß 7 Uhr.

Das Reichstagsprogramm.

Der Vizepräsident des Reichstags hielt unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Spaß den Ausspruch über die Geschäftstage und Verhandlung des Beratungstages. Nach Mitteilungen eines Regierungsvertreters will der Reichstagskanzler am kommenden Montag um 11 Uhr das neue Kabinett vorstellen und eine programmatische Erklärung abgeben.

Groß-Berlin

Am Stienitzsee.

Eine Sonntagswanderung.

Von den Fernbahnhöfen der Stadtbahn fahren wir mit dem Vorortzug nach Strausberg, überfahren östlich des Bahnhofes die Bahn und wandern auf der Chaussee gen Süd. Durch ein liebliches Waldtal, das vom Bäderfließ durchflossen wird, führt unser Weg. Buchen und Erlen, Birken und Ebereschen sowie Kiefergebüsch besäumen das Fließ. Die Talhänge sind mit hochstämmigem Kiefernwald bedeckt, der viele Wacholderbüsche aufweist.

Auf dem Weiser des Fließes wandern wir durch den kühlfeuchten Wald, überqueren die Chaussee und halten uns auf demselben Ufer weiterhin in der Nähe des Fließes. Wir kommen in ein wildes Erlenbruch, wie wir es in gleicher Wildheit und Schönheit im norddeutschen Tiefland selten antreffen. Der Wind bringt uns an das Nordufer des Stienitzsees. Ein prächtiger Erlenbruchwald bedeckt hier ebenfalls die

Uferniederung, während die Höhe, auf der wir wandern, Kiefernhochwald trägt. Zu Beginn kommen wir durch eine Eichenwaldzone. Der Weg führt wieder hinab zum Seeufer und am Rande des Erlenbruchwaldes weiter. Rechts liegt eine alte Kiesgrube, die des Sonntags von vielen Wanderlustigen zum Lagerplatz gewählt wird. Der Seestrand gibt einen recht geeigneten Badeplatz, und so spielt sich denn hier an schönen Sommerfontänen ein reges Freibadleben und -treiben ab.

Der Stienitzsee liegt in einer Talsenke, die sich gen Nord durch das Tal des Bäderfließes bis nach Strausberg hinzieht. Durch die Müdersdorfer Gewässer, den Ralksee und den Pfaffensee, sieht die Senke mit dem Spreetal, dem alten Warschauer Berliner Urstromtal, in Verbindung. Der gesamte Talzug bildet eine Schneelwasserrinne des Inlandeises, die tief in die Hochfläche des Barnim eingeschnitten ist.

Die „positive“ Mitarbeit der U. S. P. In der letzten Berliner Stadterordnetenversammlung haben die U. S. P. abhängigsten wieder einmal einen Beweis für den großen Ernst und den Eifer, mit dem sie sich ihrer Pflichten der Allgemeinheit gegenüber entledigen.

Eine geologisch-botanische Wanderung, veranstaltet von der Arbeiter-Hochschule, findet am Sonntag an der Seemühle statt. Leitung Dr. A. Potonié. Treffpunkt Bahnhof Oranienburg, 9 Uhr.

Das ist positive Mitarbeit der Unabhängigen an der Arbeit für die Allgemeinheit. In Wohlzeiten drücken sie sich damit und bezeichnen sich als die einzige Partei, die in der Lage ist, den Wiederaufbau zu vollenden. Nachher aber haben sie das alles wieder vergessen und treiben dann, wenn es heißt, die nicht zuletzt durch die von ihnen unterstützten Forderungen entstandenen Mehrkosten zu decken, Obstruktion. Zur nächsten Sitzung wird man dann die Straße wieder mobil machen, die Tribünen füllen und den Versuch unternehmen, durch deren „Mitwirkung“, die Vorlage zu Fall zu bringen, zum mindesten aber wieder eines jener bekannten unabhängigen Spektakelstücke aufzuführen.

Aus der Holzhandkonomie.

Die Mieter der durch den Wohnungsverband Groß-Berlin auf dem ehemaligen Exerzierplatz an der Schönhauser Allee errichteten Gruppe von Holzhandkonomie-Kolonien über allerlei Uebelstände. Ueber eine Versammlung der Mieter, in der die Klagen vorgebracht wurden, geht uns ein Bericht zu. Wir entnehmen ihm folgendes:

Die 37 Häuser für 74 Familien sind seit März d. J. bewohnt. Die Mieter haben zwar alle Gas in ihren Wohnungen, aber das ganze Gelände ist in Dunkel gehüllt. Hydranten sind nicht in der Nähe, den nächsten Feuermelder kann man frühestens in 5 Mi-

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Aber Eleusus kummerte sich den Senker um sie, sie war recht fleckig im Gesicht geworden, und ihr Zustand war jetzt sogar seinen Kinderungen ausgegangen. — „Willst du nicht ein wenig Gitarre spielen?“ fragte er. — „Nein,“ erwiderte sie kurz angebunden. „Was ich jagen wollte, Sivert, kamst du nicht kommen und Axel ein paar Tage beim Aufrichten des neuen Hauses helfen? Wie wär's, wenn du gleich morgen dableibst, wenn du vom Dorf zurückkommst?“ — Sivert überlegte. „Ja, aber ich hab keinen Arbeitsanzug da,“ sagte er. — „Ich will heut' abend hinfahren und deine Werkzeugschneider holen, daß du sie hast, wenn du zurückkommst.“ — „Na ja,“ sagte Sivert, „ich will mir's überlegen.“ — Barbro wurde unndtlich eifrig. „Du mußt es aber gern tun! Der Sommer vergeht, und das Wohnhaus sollte noch vor den Herbsttagen ausgerichtet und gedeckt sein. Axel hat dich schon oft darum bitten wollen, aber er kommt immer nicht dazu. Nein, du mußt uns diese Handreichung gern tun.“ — „Wenn ich etwas helfen kann, dann tu ich es auch gern,“ erwiderte Sivert.

Das war also abgemacht.

Aber nun ist Eleusus wirklich berechtigt, sich beleidigt zu fühlen. Er sieht ja ein, daß es von Barbro recht klug ist, wenn sie um ihrer selbst und um Axels willen darauf aus ist, Hilfe für den Hausbau zu bekommen; aber sie tut das zu offenkundig. Sie ist noch nicht die Hausfrau auf dem Hof, und es ist noch keine Ewigkeit her, seit er selbst sie geführt hat, dieses Frauenzimmer! Sollte sie denn gar keine Scham im Leibe? — „Doch,“ sagt er darum plötzlich, „ich werde wiederkommen und bei dir Gewitter sehen.“ — Barbro warf ihm einen bösen Blick zu und sagte ärgerlich: „Gewitter? Und du willst von Jesum sprechen! Außerdem werde ich dir Nachricht schicken, wenn ich einmal einen Gewitter brauche.“ — Was konnte Eleusus anderes tun, als verlegen lächeln und sich weit weg wünschen! — „Besten Dank für den Kaffee,“ sagte Sivert. — „Ja, Dank für den Kaffee,“ sagte auch Eleusus, aber er stand nicht auf und verbeugte sich auch nicht, nein, zum Fenster; sie schwoll ja vor Gift und Galle!

„Daß doch einmal sehen,“ sagte Barbro. „Ja, die Konterbrennen, bei denen ich war, die hatten auch silberne Schild-

chen in den Köden, noch viel größere,“ sagte sie. „Nun, also du kommst zurück und bleibst hier über Nacht, Sivert? Ich hole deine Kleider.“

Das war der Abschied. Die Brüder gingen weiter, von Eleusus wegen konnte Barbro der Auskunft holen, und der hatte noch außerdem zwei große Panfoten in der Brusttasche! Die Brüder hüteten sich wohl, auf irgendeinen rührenden Gesprächston zu kommen, auf des Vaters sonderbaren Abschied und der Mutter Tränen, sie machten einen Umweg um Weidablick herum, um dort nicht angehalten zu werden, und führten scherzhaft Reden über diesen Streich. Als sie so weit hinuntergekommen waren, daß sie das Dorf sehen konnten, wo Sivert undreden sollte, übermannte es sie beide doch ein wenig. Sivert sagte: „Es kann wohl sein, daß es jetzt ohne dich ein wenig einsam wird.“ — Da fing Eleusus an zu pfeifen und seine Schuhe zu untersuchen, und er sah, daß er einen Spreiher in der Finger hatte, und ludte in seinen Taschen — „nach Papieren,“ sagte er —, oh, wie schön! Aber es wäre dennoch schlimm gegangen, wenn nicht Sivert sie beide gerettet hätte: „Den Leuten!“ rief er, gab dem Bruder einen Schlag auf den Rücken und lief davon. Das half, sie riefen einander noch einige Abschiedsworte zu, und dann zog jeder seines Weges.

Schickal oder Glückszufall! Eleusus kehrte trotz allem in die Stadt zurück auf einen Posten, den er nicht mehr hatte, aber durch dieselbe besondere Fällung bekam Axel Ström einen Arbeiter. Am 21. August gingen sie an das Blockhaus aufzurichten, und zehn Tage später war es unter Dach. Ach, es war kein großartiges Wohnhaus und nur ein paar Balkenlagen hoch, aber es war doch ein Blockhaus und keine Erdhütte und das Vieh konnte nun in dem Raum, der seither menschenleere Wohnung gewesen war, einen herrlichen Winterstall bekommen.

Am dritten September verfiel Barbro, das heißt, ganz verfiel, sie nicht, sie war nur bei den Gebäuden nirgends zu finden.

Axel schreinernte so gut er konnte, er war dabei, ein Fenster und eine Tür in den Neubau einzulassen und war sehr in seine Arbeit vertieft. Als aber die Mittagszeit vorbei war und man ihn noch immer nicht hereinrief, ging er in die Gamme. Niemand war da. Er suchte sich selbst etwas

Essen zusammen und schaute sich um, während er aß; Barbro's Kleider hingen alle da, sie konnte also nur draußen irgendwo sein. Er ging wieder an seine Arbeit im Neubau und schaffte dort eine Weile, dann schaute er wieder in die Gamme — noch immer niemand da. Sie mußte irgendwo liegengeblieben sein.

„Barbro!“ ruft er. Nichts. Er sucht in der Umgebung der Häuser, geht hinüber zu einigen Gebäuden bei den Feldern, er sucht lange, vielleicht eine Stunde, er ruft — nichts! Endlich findet er sie weit entfernt; sie liegt auf der Erde hinter Gebüsch versteckt, der Kopf läuft an ihren Füßen vorbei, sie ist barhäuptig und barfuß, und sie ist bis in den Rücken hinauf tropfnass.

„Hier liegtst du?“ sagt er. „Barum hast du keine Antwort gegeben?“ — „Ich konnte nicht,“ flüsterte sie und war frohheiser. — „Was — hast du denn im Wasser gelegen?“ — „Ja, ich bin ausgeglitten. Oh!“ — „Ist dir schrecklich?“ — „Ja. Es ist vorbei.“ — „Ist es vorbei?“ fragt er. — „Ja. Jetzt mußt du mir helfen, daß ich nach Hause komme.“ — „Wo ist —?“ — „Was?“ — „Wo ist das Kind?“ — „Es war tot.“ — „War es tot?“ — „Ja.“

Axel rührt sich nicht, er bleibt stehen. „Wo ist es?“ fragt er.

„Das brauchst du nicht zu wissen,“ erwidert sie. „Gib mir nach Hause. Es war tot. Ich kann selbst gehen, wenn du mich nur ein wenig unter dem Arme fährst.“

Axel trägt sie nach Haus und setzt sie auf einen Stuhl, das Wasser läuft an ihr herab. „Ist es tot gewesen?“ fragt er. — „Du hörst es ja,“ erwidert sie. — „Wo hast du es?“ — „Du willst es wohl ausschnüffeln? Hast du etwas zu essen gefunden, während ich fort war?“ — „Was wollest du denn dort am Hof?“ — „Was ich am Hof wollte? Ich wollte Wacholder holen.“ — „Wacholder?“ — „Für die Milch-eimer.“ — „Dort wächst doch kein Wacholder,“ sagt er. — „So geh' doch an deine Arbeit!“ ruft er heiser und ungeduldig. „Was ich am Hof wollte? Ich wollte mir Wessereis holen. Ob du gegessen hast? frag' ich.“ — „Gegessen?“ wiederholt er. „Ist es dir sehr schrecklich?“ — „Ach nein!“ — „Ich will den Doktor holen.“ — „Das veruche einmal!“ erwidert sie. Damit steht sie auf und tänzt an, sich trockene Kleider zum Umziehen herbeizuholen. „Weißt du sonst gar nicht, wie du dein Geld wegwerfen sollst?“

(Fortf. folgt.)

Die Ermordung des Inspektors Blau.

T-Leute. — Ruffenrubel. — Selbstmord ausgeschlossen.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

nuten erreichen. Das ist bedauerlich für die Mieter, da die Häuser aus Holz gebaut sind. Die Küchen haben keine Bratenkappe. Die Kaminen unter dem Dach entwickeln im Sommer eine Dampfenhitze. Den niedrigen Schornsteinen fehlen Schutzvorrichtungen. Feuer auf dem Dach anzumachen, ist bei Sonnenbrand fast unmöglich. Wäscheläden und Trockenräume sind verpachtet, aber bis jetzt noch nicht in Angriff genommen. Dachrinnen fehlen. Das Regenwasser läuft an den Hausseiten herab, so daß die Keller unter Wasser stehen. In verschiedenen Häusern regnet es sogar durch die in die Küche. Dem Wohnungsverband sind alle diese Mängel schon durch seinen Beauftragten bekanntgegeben. Die Mieter haben auch eine gemeinsame Eingabe gemacht und schriftlich daran gemahnt. Sie haben die Verhandlung mit der Mietervereinsammlung eingeladen. Aber der Wohnungsverband reagiert auf nichts. Die von fast allen Mietern besuchte Versammlung äußerte sich erregt über den Mangel an Entgegenkommen. Sie forderte die Nichtachtung ihrer Klagen als Verletzung der Verfassung. Ein einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die dem Wohnungsverband anheim gibt, die Mietskämpfe bis 1. August abzustellen. Andernfalls wollen die Mieter dem Verband die Rechte vorzuenthalten oder Klagen anstrengen.

Unerschrockenes aus den verflochtenen Wahlkämpfen.

Die Wahlkämpfe haben vielerorts gezeigt, wie weit durch „unerschrockene“ Kampfmethoden der Gah und die Unschuldsmaske innerhalb der organisierten Arbeiterschaft geübt worden sind, die keine andere politische Überzeugung dulden wollen. In Dichtenberg haben wir so im letzten Jahre erlebt, daß die Wahlkämpfe mit den brutalsten Mitteln der Gewalt. Nach unserer ersten Wählervereinsammlungen zur Reichstagswahl hatten außerordentlich unter diesen Störungen zu leiden. Widerliche Szenen mußten wir beim Ansehen unserer Werberkämpfe erleben. Kaum daß sie angehebt waren, erschienen Kolonnen der U. S. P., die sie abrißen oder einfach überließen. Die Überlegen einer fanatisierten „Masse“ führten im alten Rummelsberger Teil zu unerhörten toben Insulten. Als unsere Genossen nämlich diese Szenen des Wahlkampfes stellen, wurden sie mit allen Schimpfwörtern aus dem unabhängigen Schimpfwerkzeug bestraft. Als dies nicht genügte, unsere Genossen zum Geben zu veranlassen, bedrohte man sie mit offenem Messer und mit Holzstücken. Ebenso wurden unsere Stimmzettelverleiher mit größten Schimpfwörtern bestraft.

Unsere Reichstagspartei Genossen sind der Meinung, daß es allerhöchste Zeit wird, daß die Parteileitung der U. S. P. endlich einmal einmütig daran gehen sollte, ihren erzieherischen Einfluß auf ihre Mitglieder auszuüben, daß in Zukunft sich derart widerliche Vorkommnisse nicht wiederholen, die nur der Arbeiterbewegung schaden. Der Kampf um die Erreichung unserer Ziele sollte sich in Formen abspielen, auf welche die sozialistischen Parteien als große Kulturparteien stolz sein können.

Der richtige und der falsche Kriminalbeamte.

Eine sonderbare Verwechslung ergab die Affäre eines falschen Kriminaloberwachmeisters, der Frauen von Gefängnis um große Summen betrug. In der letzten Zeit erschien bei Frauen oder anderen Angehörigen von Leuten, deren Verhaftung bekannt geworden war ein Mann, der sich Kriminaloberwachmeister nannte und mit einem Militärpoh sich auswies. Er hieselte den Frauen vor, daß er im Auftrag der Staatsanwaltschaft komme, um für die Freilassung des Verhafteten eine Bürgschaft von 15 000 M. zu erbitten, und nachher, daß nach dieser Zahlung der Mann binnen 24 Stunden zu Hause sein werde. Die verlangten 15 000 M. zahlte auch eine Frau L., deren Mann als Leiter eines Spielclubs, unter dem Verdacht des Raubspiels verhaftet ist. Als er nach Hause kam, wandte sich die Frau an die Kriminalpolizei und klagte nach der Personenscheinlichkeit in dem Kriminaloberwachmeister Bild, einem der rühmlichsten Beamten der Kriminalpolizei, den Schwindler zu erkennen. Bild konnte jedoch sofort nachweisen, daß er zu der Zeit, als der „Requisitor der Staatsanwaltschaft“ die 15 000 M. erhoben hatte, anderwärts dienstlich tätig gewesen war, und wurde nun mit der Ermittlung des falschen Beamten beauftragt. Dieser kam jetzt zu der Frau eines Großkaufmanns aus der Lamberger Straße, der wegen Hehlerei an einer großen Menge gefohlener Seide in Haft sitzt, und verlangte wieder 15 000 M. Die Frau sollte das Geld nach dem Koffer nach am Bahnhofsplatz bringen und fand sich dort gestern Abend auch ein. Kriminaloberwachmeister Bild beobachtete vor dem Koffer und erkannte den Schwindler sofort wieder. Er verhaftete ihn und stellte ihn fest als einen 45 Jahre alten Schlächter Otto Hengstmann, der in Vorjahren wohnt und von dort aus seine verbrecherischen Streiftzüge unternimmt.

Überbürgermeister Vermuth tritt am Montag einen mehrwöchigen Urlaub an.

Das Wohnhaus ohne Bewohner. Der Eigentümer des Hauses Simonstr. 19. das (wie wir in Nr. 318 mitteilten) vom Erdgeschoß bis unter das Dach mit Möbeln vollgepackt ist, befindet sich in einer Zustand, der eine Anrede, daß er schon seit vielen Jahren (er sagt: seit circa 1900) sämtliche Räume in dieser Weise demoliert. Er sagt hinzu, daß er 1909 und 1910 dieses Gebäude auf Abräumung der Baupolizei aus Gründen der Feuergefährlichkeit zu einem Geschäftshaus umgebaut und daß im vorigen Jahre das Wohnungsgesamt sich die Sache angeeignet, aber die Räume nicht zu Wohnzwecken beansprucht hat. Wie empfehlen dem Wohnungsgesamt, sich die Sache nochmals anzusehen. Soll ein aus einem Wohnhaus entstandenes „Geschäftshaus“, das zur Unterstellung von Möbeln dient, nicht in ein Wohnhaus zurückverwandelt werden können?

Einen Beitrag zur Geistesgeschichte der Berliner Studentenvertretung lieferte die gestrige Sitzung dieser Vertretung. Die sozialistische Fraktion hatte den Antrag eingebracht, den Redner aufzufordern, sich an den Wortführer der demagogischen Vertretung und der Logipolizei zu äußern, die Professor Nicolai im „Vorwärts“ Nr. 177 vom 7. April 1920 gegen den Redner erhoben hatte. Nicht nur, daß die Studentenvertretung über diesen Antrag zur Tagesordnung überging und damit neuerdings die „Eigentümlichkeit“ ihres Erdbegriffes dokumentierte, so wurde in der Begründung zum Übergang zur Tagesordnung von Herrn Conto die sozialistische Presse als Gassenpresse bezeichnet, welcher Ausdruck vom Vorliegenden Walter Schulz erst auf ausdrückliches Verlangen der Vertretung gerügt wurde. Lediglich vor jener „Presse“ derselbe Herr Conto, gegen den sowohl in der Studentenvertretung von der sozialistischen Fraktion als auch in der „Freiheit“ der Vorwurf der Logipolizei erhoben wurde, ohne daß er diesen Vorwurf bislang widerlegt hätte.

Der Zusammenschluß der staatlichen Kriminal- und Kommunalpolizeibeamten Deutschlands ist nunmehr, wie uns aus Frankfurt a. M. gedruckt wird, nach langjährigen Bemühungen auf einer gemeinsamen Reichskonferenz vollzogen worden. Auch die grüne Sicherheitspolizei hat sich dem Reichsverband, der lediglich wirtschaftliche Zwecke verfolgt, angeschlossen. Der Reichsverband ist auf gewerkschaftlicher Grundlage errichtet und tritt am 1. Oktober 1920 in Kraft. Er ist nach dem Vorbilde der großen deutschen Gewerkschaftsorganisationen in Gau-, Reichs- und Bezirksverbände eingeteilt.

Der Privatdetektiv als Eindringler. Bei einem versuchten Einbruch wurde in der vorderen Nacht ein Eindringler angefallen, der sich als ein Privatdetektiv Otto Neumann herausstellte. Dieser schlug mit einem unbekanntem Helfershelfer an dem Schuhwarengeschäft Ritzlein in der Müllerstraße 5 die Schaufensterscheiben ein, um den Laden auszulündern. Frau Ritzlein und der Kaufmann Spitz aus dem Hause hörten gegen

Angell. Hoppe gibt weiter an: Auf der Straße traf ich Kosta. Erst jetzt wurde mir klar, daß man mich betrogen hatte, ich hatte bis dahin geglaubt, daß es sich lediglich um eine Konferenz handeln sollte. Vorl.: Daß die Gesellschaft Nord absichtlich hatte, wußten Sie, und nur um den Namen Ihres Freundes nicht preisgeben zu müssen, ließen Sie den Mord geschehen? Angell.: Ja wohl. Vorl.: Sie hätten zu diesem Zeitpunkt den Mord doch noch verhindern können, indem Sie die Polizei benachrichtigten. Das haben Sie nicht getan? Angell.: Nein! — Der Angeklagte erzählt dann weiter: Ich irrte auf der Straße herum und langte erst nach einer Stunde wieder in der Grobbeerstraße an. Es kamen gerade zwei Männer herunter und lösten, mit dem Bemerkung, die Leiche sei schon auf der Treppe, nach ob die Straße frei war. Gleich darauf kam jemand mit der in eine Decke eingewickelten Leiche der Treppe hinunter und legte sie in dem Hausflur nieder. Auf der Straße lag „Schröder“, ein großer kräftiger Mensch, hinzu und nahm die Leiche auf die Schulter. Wir gingen dann bis zum Kanal. Schröder schickte die Leiche über das Gitter auf die Rosenbüschung, wo sie zuerst liegen blieb. Ich regte an die schöne Bekleidung

nicht mit ins Wasser zu werfen, aber da gab schon einer der Leiche einen Schubs, so daß sie ins Wasser rutschte. Vorl.: Angellagter! Es handelt sich um einen Mord und um Ihr Leben. Können Sie uns die Leute, die bei der Tat zugegen gewesen sind, nicht namhaft machen? Angell.: Nein. Hoppe schildert sodann, wie „Kronz“ ihm den Hergang des Mordes selbst auf der Straße erzählt habe. Er habe von Franz gehört, daß man Wein geholt habe, dann sei Korphium hinein gegossen und man habe dann den Blau erbrockelt. Auf seine Entgegnung, daß das doch nicht recht gewesen sei, habe Franz erklärt: es sei notwendig gewesen, denn Blau sei den Kommunisten schädlich. — Vorl.: Wie kamen Sie dann aber dazu, einen

Kaffier an Winkler

aus der Haft abzulassen, der Sie doch schwer belasten muß? — Angell.: Ich habe, als ich in Haft genommen worden war, die Verurteilung gehabt, daß ich vor das Kriegsgesicht komme, zu dem ich beargwöhnlicher Weise kein Vertrauen haben konnte. Ich gebe zu, daß ich in einen starken Verdacht der Beteiligung am Mord kommen konnte und da ich keinen anderen Bekannten herbeizuschaffen wußte, der mich entlasten konnte, habe ich mich an Winkler gewandt.

In dem Kaffier, den Winkler aber nicht zum Leben bekam, da er ihm vorher von dem Gefängnisbeamten abgenommen wurde, heißt es u. a.:

„Ich bitte Dich dringend, um das Schlimmste zu verhindern, mich so weit als möglich zu entlasten, wie ich es Dir gegenüber auch dauernd bestrebt bin. Gestehst Du bei der Verhandlung ein, daß Du die Wohnungsschlüssel auf mein Geheiß einem Menschen in braunem Anzug (Dir unbekannt) auf ein bestimmtes Parolewort, das Du aber vergessen hast, an der Jagelberger Straße, Ecke Grobbeerstraße, ausgehändigt hast. (Zeitpunkt etwa 1/2 Stunde nach meinem Besuch in Deiner Wohnung.) Grund: Da ich noch etwas zu erledigen hatte und Du aber noch nicht angezogen warst, um mit herunterzugehen, wir also die Schlüssel nicht gleich mitgeben konnten. Es kommt hier darauf an, das Leben zu retten, alles andere wäre doch nur von kurzer Dauer, denn die Zeit arbeitet doch für uns. Mit dieser Hoffnung will ich Dir gleich meine zweite Bitte vortragen. Ich habe alles eingestanden, bin auch zu Deiner Wohnung mit raufgegangen, aber nach 1/2 Stunde wieder runtergekommen; da ich oben merkte, daß

die T-Leute

sälteste Absichten hatten und ich damit nicht einverstanden war, sondern dafür war, Blau nur festzuhalten und dem Sirolu u. a. gegenüberzustellen. Ich äußerte also meine Bedenken, worauf man mich als Feigling unterschied. Ich bin also nach einer halben Stunde runtergekommen und nach Haus gegangen und in den Strohen umhergeirrt und bin dann erst halb aus Neugier, halb aus Angst eine halbe Stunde bevor die T-Leute mit Blau herunterkamen, wieder vor Deinem Hause angelangt und habedortgeblieben, bis man von oben herunterkam. Ich brauche entweder Dich oder Schröder als Alibizeugen usw. Mit kommunistischem Gruß! Erwin.“

Nach der Mittagspause bleibt Hoppe dabei, daß der Kaffier nur den Zweck hatte, das Erinnerungsvermögen des Winkler über wahre Tatsachen aufzuklären. In einer großen Zahl von Fragen sucht Staatsanwalt Dr. Drimann die Unwahrscheinlichkeit der Aussagen des Angeklagten über die Vorgänge bei der Mordtat darzutun. Der Angeklagte hat, wie er weiter erzählt, nach allen diesen Vorgängen noch lange Zeit an verschiedenen Stellen gearbeitet. Dann hat er eines Tages von dem Gefängnis-Komitee auf Grund einer Einladung den Auftrag erhalten, zu einer Konferenz nach Holland zu gehen. Einen Voh habe er nicht gehabt, da die Kommunisten einen Voh sich nicht verschaffen konnten und so ist er denn an der Grenze verhaftet worden. Er hatte

2 Uhr früh das Kirren der Scherben. Spitz betraufte sich mit einem Revolver und ging auf die Straße hinaus. Da trat ihm einer der Eindringler entgegen. Spitz vermutete einen Angriff, lam dem Verbrecher zuvor, schloß zweimal auf ihn und traf ihn so schwer, daß er zusammenbrach. Der Spiegelschloß ergriß jetzt die Flucht und entkam. Der Verletzte wurde von zwei Beamten der Sicherheitspolizei, die auf die Schüsse herbeikamen, als Polizeigefangener nach der Charité gebracht. Dort stellten die Ärzte einen Lungenschuß fest. Der Verletzte nannte sich Neumann, wurde aber vom Erkennungsdienst der Kriminalpolizei als der Privatdetektiv Otto Neumann festgestellt, der schon wiederholt, zuletzt wegen Diebstahls im Rückfall bestraft ist.

Westpreußen! Stimmberechtigte Westpreußen der Bezirke Salden, Salden und Südwesten erhalten Abstimmungsausweise und Fahrscheine im Markthallen-Restaurant am Markheide-Platz, Ecke Postener Straße.

Schtung, Buchbinder! Die Sperre über die Buchbinderei Ernst Beller ist hiermit aufgehoben. Die Differenzen in der betreffenden Firma sind nicht beseitigt, trotzdem erklärt die Verwaltung der Buchbinder, Ortsverwaltung Berlin, die Sperre für aufgehoben.

Ein Führer durch das Reich über die neue Stadtgemeinde Berlin aus der Feder unseres Genossen Paul Dietz erscheint in den nächsten Tagen im Verlag der Buchhandlung Vorwärts. In gemeinsamer, ständlicher Weise erläutert der Verfasser, auf dessen Initiativen in der Regierung die Ausarbeitung und Einbringung des Entwurfs zurückzuführen ist, die einzelnen Abschnitte des Gesetzes an der Hand der Akten des Parlaments und der Ausschussberatungen des Reichstages. Die Einleitung gibt einen erschöpfenden geschichtlichen Überblick über die Frage Groß-Berlin von Anfang der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts an bis in die neueste Zeit. Die Schrift wird nicht nur den Mitbürgern der städtischen Körperschaften und den Bezirksämtern und Bezirksverwaltungen ein willkommenes Hilfsmittel sein, sondern sie bietet auch darüber hinaus jeden, der sich für das Wesen der neuen Stadtgemeinde interessiert, wertvolle Anregungen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr in der Stadthalle, Klosterstr. 50, Vortrag des Herrn Dr. B. Reiche: „Reue zur Geschichte der Freireligiösität“. Harmonium: Ich große nicht (Schumann). Gäste willkommen. — Son. 4. Juli bis 8. August kein Vortrag.

Republikanischer Führerband. Lesegruppe Chemnitz. Heute abend 7 1/2 Uhr im Bayernhof, Köpenicker Platz, Mitgliederversammlung.

zweitausend Rubel bei sich. Wie er behauptet, ist ihm das Geld abgenommen, er aber dann wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Er habe nicht die Absicht gehabt, aus Deutschland zu verschwinden, nachdem nun durch die Polizei schon gewisse Feststellungen über den Tod Blaus getroffen worden waren; seine Reise nach Holland habe nur den Zweck gehabt, Propaganda zu treiben. Daß er kein böses Gewissen gehabt, gehe wohl daraus hervor, daß er in einer anderen Sache mehrmals freiwillig auf Bericht zu einer Vernehmung gegangen sei. — Staatsanw. Dr. Drimann hält dem Angeklagten vor, daß er behauptet, er habe dem Franz seinen Abscheu gegen das Vorgefallene ausgedrückt. Damit im Widerspruch stehe die Tatsache, daß er mit demselben Franz dann nächstlicherweil noch geguckt hat. Der Angeklagte bestreitet dies und behauptet, daß er nur ein Glas Limonade getrunken habe. Er ist am 1. Oktober festgenommen worden.

Der Angeklagte Winkler

hat bei seinem Vater das Schneiderhandwerk erlernt. Er hat sich schon früh der sozialdemokratischen Jugendbewegung angeschlossen. Besonderen Eindruck hat auf ihn eine Broschüre „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ gemacht. Er hat sich dann weiterzubilden gesucht und für das Problem interessiert, wie die heutige Gesellschaftsordnung zu überwinden sei, ist dann Anhänger der kommunistischen Weltanschauung geworden, siehe auf dem Boden des Parlamentarismus und lehne die Propaganda der Tat ab. An dem kritischen 1. August seien seine Eltern in ihrer Raube gewesen. Die Eltern waren mit seiner politischen Überzeugung nicht einverstanden. Am Nachmittage des 1. August habe Hoppe ihn gebeten, ihm seine Wohnung zu einer Führer-sitzung zur Verfügung zu stellen. Dabei habe ihm Hoppe sein Wort von der Festhaltung eines Spiegels oder der Abfertigung eines Wortes gesagt. Winkler will auch gar keine Kenntnis von den Vorgängen in seiner Wohnung gehabt haben, als er in diese zurückkehrte. Erst am übernächsten Tage habe ihm Hoppe davon erzählt, daß es sich an jenem Tage um einen Spiegel gehandelt habe, der ein schlechter Mensch sei und in der Wohnung abgetan worden sei. Winkler bestätigt unter Hinweis auf Einzelbeispiele, daß

Hoppe ein gutes Weibchen

sei und die Angewohnheit hatte, sich hypnotisieren zu lassen. Winkler, der nur wegen Weibliche angeklagt ist, versichert, daß er seine Wohnung nicht zu einer Mordtat hergegeben habe und weder direkt noch indirekt mit der Tat etwas zu tun gehabt habe. — Bei dem Vordat verschiedener Widersprüche zwischen seinen früheren Aussagen und den heutigen erklärt Winkler: er habe aus Vorhalten des Untersuchungsrichters manchmal das Gefühl der Bedrückung gehabt, denn er habe manche Äußerung so aufgefaßt, als ob er aus dem Justizhause nicht mehr herauskommen würde. Hierzu bemerkt der Angell.: Auch er habe das Gefühl der Bedrückung gehabt, denn der Kriegsgesicht habe ihm mehrfach vorgehalten: Es geht um Ihren Kopf!

Die Vernehmung der Angeklagten ist hiermit beendet und der Vorsitzende geht zur

Beweisaufnahme

Sachverständiger Prof. Dr. Strauch, der zusammen mit Geh. Medizinalrat Dr. Hoffmann i. J. die Obduktion der Leiche vorgenommen hat, bekundet, daß die am Halse vorgefundene starke Strangulationsmarke, die dem Blau bei Lebzeiten beigebrannt sein muß, mit großer Wahrscheinlichkeit darauf hinweist, daß Blau durch Erdrückung getötet worden ist. Es ist kein Anhalt dafür da, daß er noch gelebt hat, als er von der Winklerschen Wohnung nach dem Kanal transportiert wurde, so daß er etwa den Tod erst im Wasser gefunden haben könnte. Der erhobene Befund entspreche dem Befunde, wie er sich bei einem Erdrückungstode zu zeigen pflegt. — N. A. Dr. Weinberg und Dr. Liebmann rollen die Frage auf, ob nicht auch die Möglichkeit gegeben sei, daß der Tod durch Selbstmord oder erst im Wasser eingetreten sei. Sie berufen sich darauf, daß der erste Obduktionsbericht der beiden Obduzenten die beiden Möglichkeiten offen gelassen habe und bleiben schließlich dabei, daß nur von einer „Wahrscheinlichkeit“ über die Todesursache gesprochen werden könne. — Der Sachverständige Sanitätsrat Dr. Lehnen, der unter Widerspruch der Verteidiger vom Bericht zu dieser Frage vernommen wird, schließt aus der Tatsache des Vorhandenseins einer sehr scharfen, schon blutunterlaufenen Strangulationsmarke, daß der Tod nicht erst im Wasser eingetreten ist, sondern schon vorher. — Sachverständiger Dr. Drimann, Chemiker beim Polizeipräsidium, gibt an der Hand des des Geschworenen vorgelegten Stricks, der um den Hals des Blau gelegt worden war, sein Gutachten dahin ab: Es ist kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß die Verwicklung des Stricks um den Hals von Blau selbst ausgeführt worden ist; im Gegenteil weist die ganze Art der Verwicklung des Stricks entschieden darauf hin, daß dies von anderer Seite geschehen ist.

Sonabend 9 1/2 Uhr Weiterverhandlung.

Das Karicell Groß-Berlin des Deutschen Beamtenbundes veranstaltet am Dienstag, den 9. Juni, abends 7 Uhr in den Sophienhallen, Sophienstraße 17/18 (Nähe Potsdamer Markt) eine öffentliche Versammlung der Berliner Beamten- und Lehrerschaft mit dem Thema: „Die neue Stadtgemeinde Berlin — die unterschlechte Dreiklassenverteilung“.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Allw. U. Groß-Berlin). Heute Sonntag, abends 5 Uhr, im gr. Saal des Gewerkschaftshauses: Außerordentliche Generalversammlung unter Teilnahme sämtlicher Funktionäre. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Anträgen zum Bezirkskongress und Erhöhung des Lohnbeitrags.

Verein heimattreuer Westpreußen. Bezirk Königsberg. Dienstag in den Gemeinderäumen der Reuen Welt großer Westpreuentag. Eintrittskarte bei den Bezirksvorständen zum Preis von 1,00 M. Kinder frei.

Das Weltpanorama der Stadt Neudün hat dank seiner Darstellungen auf dem Gebiete der Photogenie und Stereoskopie einen hier wachsenden Freundes- und Interessentenkreis gewonnen. Im Monat Februar dieses Jahres erreichte der Verkauf des Institutes während des letzten Winters seine Höchstzahl mit insgesamt 6527 Personen, wovon 50 Proz. auf Erwachsene entfallen, ein Beweis für die Güte und die naturgetreue künstlerische Wiedergabe des gesuchten Stoffes. Die Gesamtzahl der Besucher im letzten Geschäftsjahr beläuft sich ausschließlich Freischüler auf 61 628. Zurzeit zeigt das Weltpanorama eine Wanderung durch die malerische Steiermark. Das Institut befindet sich im Hause Kaiser-Friedrich-Straße 8.

Stegels. Der Bildungsausschuß veranstaltet das diesjährige Sommerfest am 18. Juli ab 4 Uhr im Logenrestaurant, Albrechtstraße. Näheres wird noch bekannt gemacht. — Sitzung des Bildungsausschusses am 20. abends 7 1/2 Uhr, bei Louis Glöckner, Duppelstr. 7.

Parteinachrichten.

Genosse Henderon, der Führer der britischen Arbeiterpartei, hat sich in Leeds wegen eines Unterleibleidens einer Operation unterziehen müssen. Sein Zustand ist bisher befriedigend. Wir wünschen dem ausgezeichneten Mann baldige Genesung!

Slavenseelen.

Die bairischen Monarchisten ließen sich ein eigenes Presseorgan, die Wochenchrift „Bairischer Königsbote“, von dem nun schon 17 Nummern vorliegen. Ein Herr S. Mayer-Kah in München ist der Redakteur. Wir wollen unsere Leser mit einer Kostprobe erfreuen und entnehmen der Nr. 17 folgende Notiz:

„Unser Kronprinz bei der Wahl.
Kronprinz Rupprecht hat seiner Wahlpflicht als guter Staatsbürger in Dischhofswiesen Genüge geleistet; er hat dort im Stuhlhause, wo sich das Wahllokal befand, seinen Wahlgeld abgeben. Bürgermeister Lutherer als Vorsitzender nahm den Zettel in Empfang. Der hohe Wähler wurde vom Wahlaustrich in würdiger Weise empfangen.“

„Der hohe Wähler“ wird sich über die Friedfertigkeit der ihn „in würdiger Weise“ empfangenden Archimandriten, nicht minder aber auch über die ihm vom „Bairischen Königsboten“ heute noch, nach Monarchistischem Bestehen der Republik, ausgebilligte Bezeichnung „unser Kronprinz“ hoffentlich recht huldvoll gefreut haben.

Die Schuldeputationen.

Der verstärkte Unterrichtsausschuss der Preussischen Landesversammlung beriet das Gesetz über die Schuldeputationen zu Ende. Es wurde nunmehr in voller Einmütigkeit aller Parteien angenommen. Die Reichstagen haben nach dem inzwischen eingegangenen Rechtsantrag des Reichsjustizministeriums weiterhin Anteil an den Schuldeputationen. Das Reichsjustizministerium verlangt, daß die Sperrparagrafen der Reichsverfassung auch auf das preussische Gesetz über die Schuldeputationen Anwendung finden sollen. Die wesentlichste Änderung, die das Gesetz durch die Ausschussberatungen erfahren hat, ist die, daß in den Schuldeputationen, Schulkommissionen und Schulvorständen die

Lehrer und Laien größeren Einfluß erhalten sollen. Infolge der zahlreichen textlichen Änderungen, die an dem Gesetz vorgenommen wurden, ist seine völlige Reformulierung notwendig geworden, die die Regierung am 5. Juli vorlegen wird.

Polens Zweifrontenkrieg.

Danzig, 25. Juni. Der Graudenzener „Gesellige“ ist durch die interalliierte Militärbehörde beschlagnahmt worden, weil er Einzelheiten über die Ermordung eines Arbeiters durch polnische Soldaten gebracht hat. Die Militärbehörde hatte die Leiche beschlagnahmt und wollte sie heimlich begraben lassen. Die Befragung fand schließlich doch öffentlich statt unter Beteiligung der Arbeiterklasse und der Vereinigung ehemaliger Angehöriger der Marine, zu der der Ermordete gehörte.

Die polnische Besatzung von Graudenz ist bis auf 400 Mann, drei leichte Geschütze französischer Ursprungs mit circa 20 Mann Bedienung, 25 Pioniere, 4 Offiziere und 40 Mann zurückgezogen worden (wahrscheinlich an die Ostfront). Die Reste Courbière ist sehr stark mit Verwundeten von der Ostfront besetzt. Ferner waren 400 Gefangene, alles Leute, die sich geweiigert hatten, an die Front zu gehen, und Meuterei von den Hüller-Truppen dort untergebracht. Die Gefangenen sind in ein anderes Gefangenenlager gebracht worden, nachdem infolge mangelhafter Bewachung neunzig Mann ausgebrochen waren. Zwischen den französischen Besatzungstruppen und polnischen Soldaten war es zu ernstlichen Feindschaften gekommen. Bei einer Messerkämpfe wurde ein französischer Offizier getötet. (Was muß Polen dafür zahlen?) Infolgedessen sind die französischen Truppen abgezogen. Am 1. Juli sollen auch die polnischen Truppen zurückgezogen und durch 80 Mann amerikanische Truppen ersetzt werden.

Natowitz, 24. Juni. In dem Meuchelmord in Mogosin teilte die „Nattowitzer Zeitung“ noch mit, daß dem ermordeten Schlächter Georg Bloma vor kurzer Zeit vom Apotheker Micholski ein Betrag von 10 000 M. versprochen worden ist, wenn er zu den Polen übergehe. Dies hielt ihm der Ermordete vor der zahlreich versammelten Menschenmenge, die sich an dem verhängnisvollen Tage vor der Apotheke aufhielt, laut vor; fünf Minuten später war Bloma eine Leiche. Der Mörder ist der Sohn eines Galtweins aus Groß-Schmynitz bei Oppeln und in Breslau am Gericht beschuldig.

Dr. v. Holtum-Marienwerder ist trotz dem angeblichen Verzicht des polnischen Außenministers, ihn freizulassen, noch immer nicht zurückgekehrt.

Cecil gegen die Abenteuerpolitik.

Natowitz, 25. Juni. Lord Robert Cecil erörtert in den „Evening News“ die englische auswärtige Politik im Zusammenhang mit der finanziellen Frage. Er sagt u. a.: wenn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht behoben werden könnten, bestünde keine Hoffnung auf einen dauernden Frieden. Robert Cecil bringt auf äußerste Sparsamkeit. Zu diesem Zwecke sei eine andere äußere Politik nötig. Vor allem müsse gegen alle militärischen Abenteuer, sowohl von englischer Seite wie von anderen Ländern Widerstand geleistet werden. Bei der heutigen Weltlage sei eine militärische Aktion aus politischen Gründen kaum zu rechtfertigen. Daher behauptet Cecil die Politik gegenüber Rußland und der Türkei.

Der Hort des Islams.

Der Hort des Islams — wer sollte es anders sein als England! Ueberall, wo es sein stolzes Banner aufpflanzt, in Afrika, in Indien, ist die Befreiung des Islams und der islamitischen Völkstämme seine erste Sorge. So auch in Mesopotamien, wo laut amtlicher Meldung unter dem britischen Mandat das Staatsgrundgesetz unter beratender Aufsicht der Bevölkerung aufgestellt werden wird, durch das die Entwicklung des Landes zu einem Staat mit Selbstregierung erleichtert wird, damit es bei Ablauf des Mandats imstande ist, „auf eigenen Füßen zu stehen“. In diesem Schutze hat das Kriegskabinett in London einen Kurfürst an die ehemaligen Soldaten erlassen, bei der Reserve Dienste zu nehmen. Eine Verstärkung der Heeresreserve im Orient um 15 000 bis 20 000 Mann sei erforderlich. Auch im fernasiatischen Raumkreis von Konstantinopel hat man jetzt die Befreiung der Türkei von der türkischen Yoke energisch in die Hand genommen. Nach einer Meldung des „Journal des Debats“ hat die griechische Armee unter englischer Begleitung gegen die Streitkräfte von Katakpa Kemal Pascha die Offensive begonnen. Die Operationen sollen einen günstigen Verlauf nehmen. Befehle sind die Befreiung bereits in Arabien, wo ein „vorläufiger“ Staatsrat unter einem arabischen Präsidenten mitamtet einer freigelegten Nationalversammlung hinter der englischen Freiheit sein werden. Wir hoffen, daß sich auch noch in den übrigen Teilen Mesopotamiens der ebenso unbegreifliche wie handgreifliche Widerstand gegen diese Freiheit bald legen wird.

Die neue Regierung und wir.

Eine allgemeine Funktionärskonferenz der Sozialdemokratischen Partei für Groß-Berlin fand am Freitag statt. Als Referent Genosse Eduard Bernstein,

oft von Beifallsstürmen unterbrochen, aus: Es ist wohl niemand voll von dem Resultat der Wahl befreit, und doch haben wir auch keinen Grund, entmutigt zu sein. Trotz der schweren Angriffe von allen Seiten haben wir über 5 Millionen Stimmen erhalten. Am schärfsten waren die von links. Gewiß, es sind Fehler gemacht worden, aber wie sollten in der Situation, in die wir gedrängt waren, nicht Fehler gemacht werden? Wenn ich jedoch die Wahl habe zwischen einer Partei, die

wie die Unabhängigen sich vor jeder Mitarbeit brüsten, und einer Partei, die bestrebt ist, die Interessen der Bevölkerung zu wahren, dabei aber einige Fehler macht, so wähle ich trotz der Fehler die letztere. Der Redner wandte sich dann gegen jene Presse, die stets und ständig nur Kritik an unserer Regierung geübt, aber nie gezeigt hat, was wirklich erreicht worden ist. Unter solchen Verhältnissen sind die Berliner Resultate geradezu noch Erfolge. Durch den Ausfall der Wahl ist die frühere Opposition in die Minderheit gedrängt. Trotzdem gab es Leute, die da glaubten, daß

wir in die Regierung eintreten könnten, und auch ich gehörte dazu. (Rufe: Wir nicht!) Aber in der Fraktionsführung hat sich ein großer Eindruck gemacht, nämlich, daß gerade die Genossen, die bisher Ministerposten inne hatten, am lebhaftesten für den Austritt aus der Regierung eintreten. Nach dem Beschluß der Fraktion sage aber auch ich: es ist ganz gut, daß wir nun mal eine Zeitlang der Regierung fernbleiben. Wir mußten natürlich als Bürger der Republik wünschen, daß überhaupt eine Regierung kam. Der Redner erinnert in diesem Zusammenhang an Spa. Jetzt freilich erhalten wir eine Regierung, wie wir sie nicht wünschen können, eine Regierung mit einem Herrn v. Kaumer und Herrn Scholz. Aber, nachdem wir auf die Beteiligung verzichtet haben, müssen wir es den beteiligten Parteien überlassen, die Personen zu nehmen, die sie für geeignet halten. Wir aber werden uns die Dinge ansehen und nicht auf der Wacht stehen, damit der Allgemeinheit kein Schaden geschieht. Genosse Bernstein erörtert dann die Notwendigkeit der Antitäre, die unsere Fraktion stellt. Vom heutigen Tage an müssen wir in eine lebhaftere Tätigkeit für unsere Partei eintreten, denn wir wissen nicht, wie lange dieser Reichstag dauern wird und wie rasch wir wieder vor Neuwahlen stehen. Sorgen wir dafür, daß wir immer die alte Mehrheitspartei bleiben (Lebhafter Beifall).

Zweiter Referent Genosse Hugo Weimann: Ich habe keiner der grundsätzlichen Ausführungen des Gen. Bernstein zu widersprechen. Der Zweck der heutigen Konferenz ist ja einmal, festzustellen, ob die Berliner Parteifunktionäre mit unserer Politik einverstanden sind. Mit der unter dem Druck des Rapp-Putsch herausgegebenen Parole war ich nicht ganz einverstanden. Es mühte nicht heißen: der Feind steht rechts, sondern

der Feind steht rechts und der Gegner links. In all den Dingen von Versammlungen, die ich abgehalten habe, sind unzählige Unabhängige als Diskussionsgegner aufgetreten, aber keiner hat ein Wort gegen die bürgerlichen Parteien gesagt, dafür aber war unsere Partei das Ziel der größten Angriffe. — In längeren Ausführungen referiert der Redner die bisherige Politik der Partei und sagt: Jede spätere unparteiische Geschichtsschreibung wird unsere Tätigkeit anerkennen. Wir haben keine Ursache, von unserer bisherigen grundsätzlichen Politik abzugehen. Als ihr Vertreter gebe ich Ihnen das Versprechen, daß ich niemals einer Regierung, in der Vertreter der deutschen Volkspartei oder gar der Deutschnationalen einen Vertrauensvotum ausstellen werde. (Sehr lebhaftes Bravo!) Die kommenden Zeiten werden schwer werden, aber wir müssen durch! (Lebhafter Beifall)

In der Diskussion spricht zunächst Kränkel: Der Weg, den die Zentralfürsorge für die Einigung einschlug, war falsch. Die Gegenstände müssen ausgekämpft werden. Der Redner wendet sich dann gegen die Tätigkeit der Linksrabalen in den Werkstätten. (Beifall.) Gehlhold: Mich hat die Wahl durchaus nicht enttäuscht. Nach dieser Debatte, wie sie gegen uns getrieben wurde und geradezu einig dastehet, konnten wir ein anderes Resultat nicht erwarten. Aber

die Unabhängigen hatten auf die Mehrheit abgesehen. Doch unsere Genossen aus der Regierung traten, war richtig gehandelt. Behauerlich ist es, daß gerade unsere Genossen in der schlimmsten Zeit dort tätig sein mußten. Der Redner erwähnt einen Ausdruck Däumig's, der gesagt habe: Man solle in die Gewerkschaften Behälter machen. Pulver hinein und die Gewerkschaften auseinander Sprengen. Gegen solche Leute müssen wir uns wehren. (Beifall.) Bernhard Krüger: Die einzige Sorge, die ich hatte, war die, daß unsere Genossen gezwungen werden könnten, wieder in die Regierung zu gehen. Deshalb habe ich den Beschluß der Fraktion mit Freuden begrüßt. So wie vor dem Kriege kann

Kriegsanleihefolgen.

Gegen die Stimmen der Deutschen hat das Proger Parlament ein Gesetz beschlossen, das die Besitzer österreichischer Kriegsanleihe vor die Wahl stellt, ihr Geld zu verlieren oder unter drückendsten Bedingungen österreichische Anleihe zu zeichnen. Das ganze Exzerpt ist zum Protest gegen das Gesetz in einen einseitigen Generalstreik getreten. Sollte dieser nicht die gewünschte Wirkung ausüben, soll in ganz Tschechien der Generalstreik erklärt werden.

Misserand lehnte neuerdings in der Kammer die Fortsetzung der Sozialisten ab, die durch den Genossen Lafon vertreten wurde, daß Frankreich die russische Sowjet-Republik anerkenne und die Beziehungen zu ihr aufnehmen. Er tat dies unter Hinweis auf die Verhaftung Lenins an die englische Arbeiterklasse, in der der russische Diktator das englische Proletariat zur Revolution aufgerufen hat. Ferner verlangt er, daß Sowjet-Rußland vorher die finanziellen Verpflichtungen des zaristischen Rußlands übernehme.

Wilson will das demokratische Rußland, das in San Francisco zusammentritt, von Washington aus telephonisch eröffnen und eine persönliche Botschaft an die Delegierten richten. — Bryan hat eine Präsidentschaftskandidatur für die Demokraten abgelehnt.

Abkommen über Deutsch-Ostafrika. Zwischen England und Belgien ist ein Abkommen über Deutsch-Ostafrika geschlossen worden, das den belgischen Kolonien nach den Grundgesetzen des freien Durchfuhrhandels unter fortfall aller Zollschranken eine Verbindung mit dem indischen Ozean durch Aufhebung der großen Eisenbahnlinie Dar-es-Salaam-Sagana mit Abzweigungen an beiden Enden und durch Eröffnung von Freizeiten eröffnet.

Der deutsche positivistische Studentenbund, Gruppe Humboldt-Hochschule Berlin wurde in diesen Tagen ins Leben gerufen. Der Bund hat sich die Verbreitung des positivistischen Weltbegriffs, sowie die Aufbahnung und Pflege von Beziehungen gleichgerichteter Bewegungen im Auslande zum Ziel gesetzt.

die Reaktion jetzt doch nicht wieder auftreten. Das würde sich das Volk nicht gefallen lassen. Vor allen Dingen müssen sich unsere Genossen in den Betrieben- und Werkstättenversammlungen unsere Ideen mit Energie und Leidenschaft verbreiten. (Bravo!)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Genosse Bernstein betont in einem kurzen Schlußwort nochmals, daß jetzt eine energische Arbeit für unsere Partei einsehen müsse. Die folgende Enkeltung wird mit allen — es waren über 1000 Funktionäre und Vertrauensleute anwesend — gegen eine Stimme angenommen.

Die Versammlung ist sich des Grades der Tatkraft bewußt, daß bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni d. J. nahezu 2 Millionen Stimmen weniger für sozialistische Kandidaten abgegeben worden sind, als am 19. Januar 1919. Sie behauptet außerdem, daß von den für die Sozialisten abgegebenen 11 Millionen Stimmen diesmal ein so großer Prozentsatz für die Listen derjenigen Partei abgegeben wurden, die sich von dem alten sozialdemokratischen Programm abgewandt hat und zur demokratischen Republik eine feindselige Haltung einnimmt. Sie sieht indes in dieser Stimmabgabe mehr die Bekundung einer starken Unzufriedenheit im arbeitenden Volk, als die wohlüberlegte Bekundung einer feindseligen Haltung einnimmt. Sie sieht indes in dieser Stimmabgabe mehr die Bekundung einer starken Unzufriedenheit im arbeitenden Volk, als die wohlüberlegte Bekundung einer feindseligen Haltung einnimmt. Sie sieht indes in dieser Stimmabgabe mehr die Bekundung einer starken Unzufriedenheit im arbeitenden Volk, als die wohlüberlegte Bekundung einer feindseligen Haltung einnimmt.

Die Versammlung billigt durchaus den Brief des Genossen Hermann Müller an den Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratie Arthur Crispien, worin er die Leitung dieser Partei zu einer Besprechung einlädt über die Bedingungen von deren Eintritt in die Regierung und für ein Zusammengehen der beiden sozialdemokratischen Parteien zur Verteidigung der Errungenschaften der Republik gegen alle Angriffe von rechts. Sie drückt insbesondere ihre Erregung aus über den verächtlichen, vom Geist der Väterlichkeit getragenen Ton dieses Briefes. Am so mehr bedauert sie die hochfahrend abweisende Antwort, die dem Genossen H. Müller von Seiten der Unabhängigen Parteileitung gegeben worden ist und einen völligen Mangel an Verständnis für die politischen Aufgaben erkennen läßt, welche die Parteien der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen schwierigen Lage der deutschen Republik zu erfüllen haben.

Die Versammlung erkennt an, daß nach dieser Kampfsage der Unabhängigen die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstags in eine Lage versetzt wurde, die ihr, da die bisherige Regierungskoalition über keine Mehrheit mehr verfügt, den Austritt aus der Regierung nahegelegt hat. Sie ist mit der Fraktion der Reichstagsopposition, die Vertreter der Sozialdemokratie, der Partei der Arbeiterbewegung und freigen Friedenpolitik, unter keinen Umständen mit Vertretern der Deutschen Volkspartei einer Koalition anschließen können, und daß die Sozialdemokratie einer Koalition, der diese Partei anschließt, kein Vertrauensvotum ausstellen kann. Sie billigt es aber, daß die Sozialdemokratische Fraktion im Interesse der Ermöglichung einer republikanischen Regierung der neuen Koalition gegenüber eine abwartende Haltung einnimmt, zumal in dieser Koalition die beiden Parteien die Mehrheit haben, mit denen zusammen die Sozialdemokratie bisher die Regierung gebildet, die demokratische Verfassung der Republik und eine Reihe bedeutender Gesetze zum Schutze und zur Erweiterung der wirtschaftlich-sozialen Rechte der Arbeiter zur Annahme gebracht hat.

Wenn die Versammlung den Ausfall der diesmaligen Reichstagswahlen beklagt, so ist sie jedoch durch ihn in keiner Weise entmutigt. Mehr als zwei Drittel der Wähler haben für Parteien gestimmt, die auf dem Boden der demokratischen Republik stehen, und in 27 von im ganzen 35 Wahlkreisen hat die sozialistische Wählerkraft für die S. D. D. gestimmt, die an den Grundfragen und der Kampfsweise festhält, in denen die großen Fortkämpfer des Sozialismus in Deutschland diese ergreifen und in Jahrzehnten des Kampfes unter den schwierigsten Verhältnissen von Sieg zu Sieg geführt haben. Die Versammlung schließt an dieser Tageslage die Ermöglichung, unerschütterter organisatorischer und freierem in gleichem Sinne weiterzuarbeiten, überzeugt, daß die große Mehrheit der Arbeiter, die diesmal ihr die Stimme verweigert haben, bald erkennen werden, daß ihre Politik die richtige ist, und sich ihr von neuem anschließen werden.

Genosse Finanzminister Lüdemann richtete zum Schluß einen warmen Appell an die Parteigenossen, Vertrauen zu bewahren und fester denn je zusammenzuhalten, und brachte ein dreifaches Hoch auf die alte sozialdemokratische Partei Deutschlands aus. In dieses stimmten die Anwesenden mit Begeisterung ein. Die Versammlung bezog sich so die ungedruckte Kampflust der Berliner Parteioffensiv. In gehobener Stimmung verließen die Teilnehmer unter Absingung der Arbeitermarseillaise den Saal.

Das Berliner „8-Uhr-Abendblatt“ bringt nach der Wiener „Morgen-Post“ die Nachricht, daß der berühmte französische Hauptmann Dreyfus, der Held jenes antisemitischen Hochverratsprozesses, der fünf Jahre lang ganz Frankreich in zwei Lager spaltete und die ganze Welt in Atem hielt, in Paris gestorben sei. Die Meldung des Wiener Blattes ist offenbar auf eine Namenüberwechslung zurückzuführen. Vor einigen Tagen brachte der „Tempo“ unter den Familienangehörigen die Nachricht des Hinscheidens eines beliebigen Kaufmanns namens Alfred Dreyfus. Daraus hat wohl ein in der Schweiz lebender überreifer Korrespondent des Ablebens des ehemaligen Generalstabshauptmanns, jehinen Obersten a. D. gleichen Namens gemacht. Da uns durch einen Zufall diese Todesanzeige im „Tempo“ zugefallen war, glauben wir die Richtigkeit der Nachricht auf das Bestimmteste bezweifeln zu dürfen, um so mehr, als sie nicht direkt aus Paris kommt.

Neue Verhandlungsmethode. Aus Frankfurt a. M. wird uns gemeldet: Eine Versammlung hiesiger und auswärtiger Bauunternehmer im Reichsausschuss, die über die von den Bauarbeitern des Frankfurter Wirtschaftsgebietes erhobenen Lohnforderungen verhandeln wollte, wurde gestern mittig kurz nach 12 Uhr von demonstrierenden Bauarbeitern gestört. Die Versammlung mußte aufgegeben werden. Die Arbeitervertreter verließen das Rathaus und begaben sich zur Fortsetzung der Verhandlungen im Zuge nach Friedberg. Die Demonstranten zogen später in einer Stärke von mehr als 1000 Mann über die Kaiserstraße nach dem Bahnhofplatz, wo sie auseinandergingen.

Die Kostenfassung des Abg. Alfau (U. Ges.), der eine längere Gesandtschaft zu verhängen hat, wurde in der Donnerstagssitzung der Landesversammlung von einer Mehrheit gefordert, die aus den Sozialdemokraten, Unabhängigen, Demokraten und einem Teil des Zentrums bestand.

Das Verbot der „Frankfurter Zeitung“ für die Pfalz ist wieder aufgehoben worden.

Nach Budapestener Mitter. Die Leiche des bisher vermißten Redakteurs der unabhängigen „Schlesischen Arbeiterzeitung“, Bernhard Schottländer, ist am Mittwoch in Opatowitz, einem Ort bei Breslau, gelandet. Die Leiche wurde von der Mutter rekonstruiert. Die Todesursache wird die gerichtliche Sektion erheben.

